Newsletter Januar 2023

Heike Baehrens — für die SPD im Bundestag

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

mit Mut und Zuversicht ins neue Jahr starten, wer wünscht sich das nicht? Doch viele Bürgerinnen und Bürger sind aufgrund der vielen Krisen besorgt. Immerhin hat die Corona-Pandemie ihren Schrecken verloren. Covid-19 wird als Krankheit bleiben, aber wir lernen, besser damit umzugehen.

Eine Nachricht hat uns in dieser Woche besonders beschäftigt: Am Mittwoch hat Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigt, Leopard 2-Panzer an die Ukraine zu liefern. Diese Entscheidung hat er im engen Schulterschluss mit unseren NATO-Partnern getroffen — so, wie er es seit Beginn des Krieges in der Ukraine bei allen weitreichenden Entscheidungen getan hat. Immer dem Grundsatz folgend, nicht in den Krieg hineingezogen zu werden, und die Ukraine auch über militärische Mittel hinaus tatkräftig zu unterstützen, damit sie dem Aggressor Russland Widerstand leisten kann und das Leben im Land weiter möglich bleibt.

Die jetzige Entscheidung wurde über Wochen mit unseren engsten Verbündeten abgestimmt und es war unserem Kanzler bei seinen Stellungnahmen anzusehen, dass es kein einfacher Prozess, keine leichte Entscheidung war.

Die ständigen medialen Querschüsse haben nicht nur die Bevölkerung verunsichert. Sie haben auch diesen höchst sensiblen Prozess außerordentlich erschwert. Besonders störend und verstörend war, dass nicht nur die Opposition, sondern auch einzelne Mitglieder unserer Koalitionspartner in dieses Trommelfeuer drängender und teilweise unverantwortlicher Meinungsäußerungen mit eingestimmt haben. Ein Klärungsprozess in solch dramatischer Situation verträgt nicht in jeder Phase öffentliches Rampenlicht, im Gegenteil: Diplomatische Verhandlungen erfordern auch Verschwiegenheit. Man führt sie nicht in den Medien oder unter Einbeziehung angeblicher Expertinnen und Experten, die sich so zahlreich in den Talkshows mit nicht immer gut gemeinten und durchdachten Ratschlägen zu Wort melden. Jeder Zwischenruf, der ja oft allein zur Selbstdarstellung geäußert wird, sendet auch ein Signal nach Moskau.

Olaf Scholz hat meinen größten Respekt: Mit seiner Führungs- und Nervenstärke erweist er unserem Land und der Ukraine gleichermaßen einen großen Dienst. Ich denke, wir alle können Zutrauen haben, dass diese Regierung auch in Zukunft in schwierigen Situationen mit Sorgfalt und Besonnenheit handelt. Und auch wir im Parlament werden uns nicht durch aufgeregte Berichterstattung leiten lassen, sondern weiterhin auf der Basis unserer Grundwerte Entscheidungen treffen. Wir nehmen uns die notwendige Zeit für die so wichtigen Debatten und wir werden weiter mit großem Engagement für Fortschritt und Aufbruch arbeiten, wie wir es uns im Koalitionsvertrag vorgenommen haben. Darauf ist Verlass.

Ihre/Eure

Reform der Unabhängigen Patientenberatung – auf zu neuen Ufern!

Es ist nur zu verständlich, dass Patientinnen und Patienten verunsichert sind, wenn es um Fragen der eigenen Gesundheit geht: Ist die Knie-OP, die mir mein Orthopäde empfiehlt, wirklich notwendig? Wo kann ich mir eine Zweitmeinung einholen? Was sind meine Rechte, wenn die Krankenkasse meinen Reha-Antrag ablehnt? Das sind sensible Themen. Gleichzeitig ist das Gesundheitssystem so komplex, dass es zuweilen schwerfällt, sich zu orientieren. Zu Recht wünschen sich Patient*innen dann eine fachkundige, unabhängige Beratung, der sie vertrauen können und die sie in die Lage versetzt, selbstbestimmte und informierte Entscheidungen zu treffen. Seit 2001 können sich Patientinnen und Patienten bei gesundheitlichen und gesundheitsrechtlichen Themen an die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) wenden. Ich halte ihre Arbeit für absolut unabdingbar.

Im Gesetzentwurf der Bundesregierung, den wir in dieser Woche in 1. Lesung beraten haben, ist vorgesehen, die UPD neu zu strukturieren und ihre Arbeit zu verstetigen. Sie soll zu einer Stiftung bürgerlichen Rechts werden. Mit diesem Schritt wird eine unabhängige, staatsferne und dauerhafte Struktur geschaffen, über die langfristig Gelder bereitgestellt werden können.

Der Stiftungsrat, der aus verschiedenen Akteuren aus den Bereichen Gesundheitswesen, Patientenvertretung, Bundesregierung und Parlament bestehen wird, unterstützt und beaufsichtigt den Stiftungsvorstand. Zudem wird es einen wissenschaftlichen Beirat geben, der die Expertise aus unterschiedlichen Fachrichtungen vereint. Besonders wichtig: Die Patienten-Organisationen, die sich für die Interessen von Patienten, chronisch Kranken und behinderten Menschen einsetzen, bestimmen maßgeblich die Geschicke der Stiftung.

Mit diesem Gesetzentwurf korrigieren wir die falsche Weichenstellung aus der jüngeren Vergangenheit. Der UPD wurde in der Öffentlichkeit wiederholt vorgeworfen, dass kommerziell agierende Akteure Einfluss nehmen könnten. Mit der Umstrukturierung hin zu einer staatsfernen, unabhängig finanzierten Stiftung unter Beteiligung der Patienten-Organisationen schaffen wir eine solide Grundlage, die Vertrauen schafft.

Die Stiftung wird ein bundesweit organisiertes digitales und telefonisches Informations- und Beratungsangebot betreiben und zugleich regionale Angebote vorhalten. Die Beratung der Patientinnen und Patienten wird niedrigschwellig, bürgernah und qualitätsgesichert ausgestaltet sein.

Wir wollen, dass Patientinnen und Patienten sich noch besser orientieren können im Dickicht unseres Gesundheitssystems, dass sie in gesundheitlichen Fragen fundierte, verlässliche Antworten bekommen und dass sie zu ihrem Recht kommen. Das muss eine gute Patientenberatung leisten – dafür wollen wir mit diesem Gesetz einen guten Rahmen schaffen.

Kontaktdaten der UPD:

Homepage: www.patientenberatung.de

Beratungstelefon: 0800 011 77 22 (Mo. bis Fr. 8:00 bis 20:00 Uhr, Sa. 8:00 bis 16:00 Uhr)

Online-Beratungsplattform: https://online.patientenberatung.de/

Die Wahlrechtsreform kommt

Aus jahrelanger Erfahrung weiß ich, dass es nicht einfach ist, das Wahlrecht zu reformieren. Das aktuelle Wahlrecht hat den Nachteil, dass die Größe des Deutschen Bundestages nicht wirklich steuerbar ist. Mehr Parteien im Bundestag und das Auseinanderdriften von Erst- und Zweitstimmenergebnis führen dazu, dass immer mehr Überhang- und Ausgleichsmandate vergeben werden müssen. Die gesetzlich vorgegebene maximale Zahl von 598 Sitzen wird so überschritten: Aktuell sind wir 736 Abgeordnete. Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich zu Recht, dass das Parlament eine gute, gerechte Lösung für eine Begrenzung findet.

Eine Reduzierung der Wahlkreise, wie sie in der letzten Legislaturperiode beschlossen wurde, halte ich für keine gute Option. Viele Wahlkreise würden größer. Das würde dazu führen, dass ich als Abgeordnete über den Landkreis Göppingen hinaus für weitere Kommunen oder Landkreise zuständig wäre – mit der Folge, noch schwerer vor Ort präsent sein zu können. Dabei sind Wahlkreisarbeit und der direkte Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern besonders wichtig für meine Arbeit. Außerdem kann diese Maßnahme eine Vergrößerung des Bundestages nur begrenzen, aber nicht verhindern.

Auch eine Umsetzung des von der CDU vorgeschlagenen Grabenwahlrechts kommt für uns als SPD nicht infrage. Nach deren Vorschlag würden die 598 Sitze je zur Hälfte auf Wahlkreismandate und Mandate nach Landeslisten aufgeteilt. Das könnte dazu führen, dass die nach Hauptstimmen zweitgrößte Partei letztlich die meisten Sitze im Parlament erhält. Das wäre ungerecht, würde nicht den Wählerwillen abbilden und dem Grundsatz der Verhältniswahl widersprechen. Die Christdemokraten würden davon profitieren, kleinere Parteien würden benachteiligt.

Ich halte unseren Vorschlag eindeutig für die bessere Alternative. Keine Partei profitiert einseitig, keine Partei wird benachteiligt. Das Verhältniswahlrecht bleibt erhalten – alle Stimmen werden entsprechend dem Wahlergebnis auf alle Parteien verteilt. Auch die Zahl der Wahlkreise bleibt erhalten und die maximale Mitgliederzahl des Bundestags wird tatsächlich eingehalten, da Überhang- und Ausgleichsmandate entfallen. Es bleibt bei zwei Stimmen, die nun so benannt werden, dass ihre Bedeutung besser erkennbar wird. Mit der Hauptstimme entscheide ich mich für eine Partei und damit auch für die politische Gewichtung im Parlament. Mit der Wahlkreisstimme wähle ich eine Person, die unseren Wahlkreis im Deutschen Bundestag vertreten soll. Die Wahlkreisgewinner:innen einer Partei werden entsprechend ihres Stimmergebnisses gereiht. Es ziehen dann so viele von ihnen aus dem jeweiligen Bundesland ins Parlament ein, wie Plätze nach dem Hauptstimmenergebnis zur Verfügung stehen. Gibt es weniger Wahlkreiserste als Plätze, so werden die restlichen Sitze aus der Landesliste besetzt.

Wenn die Zahl der direkt Gewählten einer Partei größer ist, als es Plätze nach Hauptstimmenergebnis im Land gibt, dann kann es passieren, dass ein/e mit knappem Abstand gewählte/r WahlkreiskandidatIn nicht in den Bundestag einziehen kann. Es wird allerdings eher selten passieren, dass ein Wahlkreis keine Direktkandidatin oder keinen Direktkandidaten stellen kann. Und es würde wohl nur in Wahlkreisen vorkommen, in denen die Parteien vom Stimmergebnis her nah beieinander liegen.

Nichtsdestotrotz halte ich unseren Vorschlag für gut. Das von uns vorgeschlagene Vorgehen ist rechtlich klar, es achtet das System der Verhältniswahl, ist fair und leicht umzusetzen. Gemeinsam mit Verfassungsrechtlern und den demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag werden wir nun weiter diskutieren und unseren Entwurf gegebenenfalls noch besser machen. Ich setze darauf, dass wir dann eine Reform beschließen, die zu einer Verkleinerung des Bundestages führt und bestmöglich den Wählerwillen repräsentiert.

Unterwegs im Landkreis

Super Stimmung und klasse Programm bei der Donzdorfer Fasnet. Einfach schön, dass wieder gefeiert werden kann!

Johannes Jeutter wird in diesem Jahr im Rahmen des Politischen Patenschafts-Programms für junge Berufstätige ein Jahr in die USA gehen. Ich hatte ihn als Junior-Botschafter nominiert und freue mich, dass es klappt.

Interessante Begegnungen auf dem Neujahrsempfang des Ortsvereins der SPD Uhingen. Viele Gedanken zur Zeitenwende sowie zu aktuellen Herausforderungen und Hoffnungen für 2023 wurden ausgetauscht.

Jahresauftaktklausur der SPD-Bundestagsfraktion am 13. Januar 2023.

Termine

Montag, 30. Januar
14:00 Uhr
Jahresempfang der AG 60 Plus mit
Lars Klingbeil, Bad Cannstatt
18:00 Uhr
BBT-Online-Dialog
Ambulantisierung im Gesundheitswesen

Dienstag, 31. Januar
11:30 Uhr
Vesperkirche, Stadtkirche Göppingen
13:30 Uhr
Neujahrsempfang des Polizeipräsidiums
Einsatz, Göppingen
16:00 Uhr
Bürgersprechstunde

Mittwoch, 1. Februar
10:00 Uhr
Austausch mit Sozialverband VdK Baden-Württemberg, Stuttgart
18:80 Uhr
Sitzung Kreisbehindertenring Göppingen, Farndau

Donnerstag, 2. Februar
20:00 Uhr
Roter Treff „Der russische Angriffskrieg und seine Folgen“
Gaststätte Adler D‘Onofrio, Eislingen

Sonntag, 5. Februar
11:00 Uhr
Jubiläum 125 Jahre TGV Roßwälden

Montag, 6. Februar, bis Freitag, 10. Februar
Sitzung des Deutschen Bundestages

Freitag, 10. Februar
19:30 Uhr
Kreissäge
„mir säget au!“ - 60 Jahre Kreissäge
Jahnhalle Geislingen

Montag, 13. Februar
11:00 Uhr
Unternehmensbesuch WMF mit Sascha Binder, MdL

Dienstag, 14. Februar
18:00 Uhr
Veranstaltung mit Gabriele Rolland, MdL
Krankenhausreform
Freiburg im Breisgau

Mittwoch, 15. Februar
10:30 Uhr
Ortsbesuch Zell unter Aichelberg
Bürgermeister Christopher Flik
Unternehmensbesuch bei Ostheimer

Bürgerbüro

Roth Carrée Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74
heike.baehrens.wk@bundestag.de

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159
heike.baehrens@bundestag.de

www.heike-baehrens.de www.facebook.com/baehrensmdb www.instagram.com/heikebaehrens

SPD

Stand: 27. Januar 2023, 11 Uhr